

## Pressemitteilung

Freiburg, 22. September 2006

### Wettbewerb für Nachhaltigkeit

#### **Anspruchsvolle Umwelt- und Sozialstandards fördern Wettbewerb um Innovationen und sichern wirtschaftlichen Erfolg / Jahrestagung des Öko-Instituts in Berlin**

Ist moderne Umweltpolitik ein Hemmschuh für wirtschaftlichen Erfolg? Während Teile der Wirtschaft und Politik zunehmend ein Übermaß an Umweltregulation und Sozialstandards beklagen, bezieht das Öko-Institut als eines der europaweit führenden Forschungs- und Beratungsinstitute für eine nachhaltige Entwicklung Position. „Eine ehrgeizige Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik kann wirtschaftlichen Erfolg fördern“, ist Christian Hochfeld, stellvertretender Geschäftsführer des Öko-Instituts, überzeugt. Unter welche Voraussetzungen dies möglich ist, diskutieren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den drei Instituts-Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin mit internationalen und nationalen Referentinnen und Referenten und rund 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Umweltverbänden am heutigen Freitag, 22. September und am Samstag, 23. September auf der Jahrestagung in Berlin.

Spätestens mit der Halbzeit-Bilanz zur so genannten Lissabon-Strategie, mit der sich die europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 das Ziel gesetzt haben, die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, geraten Umwelt- und Sozialpolitik wieder zunehmend unter Druck. Häufigstes Argument: Zu viel Umwelt- und Sozialregulierung senke die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Wirtschaftsraum oder zumindest bestimmter Wirtschaftszweige. „Dieses Argument lässt sich wissenschaftlich so pauschal nicht halten. Im Gegenteil gibt es viele Anzeichen, dass gerade eine anspruchsvolle Umweltpolitik Innovationen fördert und damit auch langfristigen wirtschaftlichen Erfolg sichern kann“, betont Hochfeld.

Die Studien, die diesen Zusammenhang bisher empirisch untersucht haben, kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen und können nur schwer miteinander verglichen werden. Vor allem die verschiedenen methodischen Herangehensweisen machen es grundsätzlich schwer, den Einfluss einer ambitionierten Umweltpolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit generell zu beurteilen. Defizite liegen zum Beispiel in unvollständige Kosten- und Nutzenbilanzen, in denen die Kosten, die durch nachhaltiges Handeln branchenübergreifend vermieden werden, nicht einfließen oder in denen die Kosten des Nichthandelns unberücksichtigt bleiben. „Wir werden in Zukunft verstärkt untersuchen, unter welchen Bedingungen Umweltregulierung erfolgreich ist, das heißt, anspruchsvolle Umwelt- und Sozialziele erreicht und Innovationen und wirtschaftlicher Erfolg gefördert werden“, sagt Hochfeld. „Die Diskussion um den Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit wird sehr verkürzt geführt. Wir brauchen aber mehr Wettbewerb für Nachhaltigkeit.“

Auch deshalb dürfe „Wettbewerbsfähigkeit nicht oberstes Ziel politischen Handelns werden und anspruchsvolle Umwelt- und Sozialziele durch wissenschaftlich nicht haltbare Argumente in Frage gestellt werden“, fordert Franziska Wolff, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Umweltrecht am Öko-Institut, Büro Berlin. „Dies steht auch im klaren Widerspruch zum Nachhaltigkeitskonzept der EU, das der europäische Rat im Juni dieses Jahres durch eine Neufassung gestärkt hat.“

#### **Geschäftsstelle Freiburg**

Postfach 50 02 40  
D-79028 Freiburg

#### **Hausadresse**

Merzhauser Straße 173  
D-79100 Freiburg  
Telefon +49-(0)761-4 52 95-0

#### **Öffentlichkeit & Kommunikation**

Christiane Rathmann -22  
Fax +49-(0)761-4 52 95-88  
E-Mail: [c.rathmann@oeko.de](mailto:c.rathmann@oeko.de)

„Wenn wir über negative Auswirkungen von Umwelt- und Sozialregulation auf die Wettbewerbsfähigkeit diskutieren, so müssen wir umgekehrt genauso betrachten, welche globalen Umwelt- und Sozialfolgen ein Handeln in Europa hat, das unter der Prämisse steht, die Wettbewerbsfähigkeit einseitig steigern zu wollen,“ ergänzt Hochfeld. „Grenzenloser Wettbewerb ist nicht nachhaltig!“

Das Öko-Institut fordert daher auf europäischer Ebene die Stärkung einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie, die

- anspruchsvolle und dynamische Umwelt- und Sozialstandards vorgibt und so Nachhaltigkeitsinnovationen anregt,
- der globalen Dimension von Nachhaltigkeit gerechter wird und
- kluge, effektive und effiziente politische Rahmenbedingungen setzt, die einerseits wirtschaftliche Planungssicherheit gewährleisten und andererseits die Entwicklung von Effizienztechnologien fördern.

Voraussetzung für ein optimiertes Instrumentarium für künftige Umwelt- und Sozialregulierung ist nach Meinung des Öko-Instituts eine intensive Forschung und wissenschaftliche Vernetzung. Dazu gehört unter anderem

- die kritische Auseinandersetzung mit und die konzeptionelle Neubestimmung des Begriffs der „Wettbewerbsfähigkeit“ im Sinne eines Wettbewerbs für Nachhaltigkeit
- eine verbesserte wissenschaftliche Analyse, die folgende Fragen beantwortet: Wo und wie fördern effektive Umwelt- und Sozialstandards Innovationen und damit den Wettbewerb für Nachhaltigkeit und sichern so auch mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Erfolg?
- eine balancierte Folgenabschätzung: Welche Folgen hat einseitiges Fokussieren auf Wettbewerbsfähigkeit für das Erreichen von Umwelt- und Sozialzielen insbesondere im globalen Kontext?

„Wir freuen uns sehr, dass das Bundesforschungsministerium im Rahmen des sozial-ökologischen Forschungsprogramms unsere europäischen Vernetzungsaktivitäten zum Themenkomplex Nachhaltigkeit, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in den nächsten drei Jahren fördert, so dass wir die mit Eigenprojekten wie CIS-Europe begonnenen Arbeiten nahtlos fortsetzen können“, ergänzt Dr. Joachim Lohse, Geschäftsführer des Öko-Instituts.

Mit dem Projekt „CIS-Europe – Competitive, Innovative and Sustainable Europe“ greift das Öko-Institut in die kontrovers und teilweise unsachlich geführte Debatte um den Einfluss einer ambitionierten Umwelt- und Sozialpolitik auf wirtschaftlichen Erfolg prägend ein. Das Projekt wird mit Eigenmitteln des Vorstands und mit Hilfe von Geldern der Stiftung Zukunftserbe finanziert. Ziel ist es, Chancen und Risiken des laufenden Diskurses zu analysieren und Gestaltungsspielräume zu identifizieren. Erste Erkenntnisse aus CIS-Europe wurden in einem Diskussionspapier zusammengefasst und werden jetzt auf der Jahrestagung des Instituts erörtert. Unter [www.oeko.de/files/aktuelles/jahrestagung\\_2006/application/pdf/CIS.pdf](http://www.oeko.de/files/aktuelles/jahrestagung_2006/application/pdf/CIS.pdf) können Sie das Papier aus dem Internet herunterladen.

#### **AnsprechpartnerInnen:**

Christian Hochfeld, stellvertretender Geschäftsführer Öko-Institut e.V., Forschungsbereich Infrastruktur & Unternehmen, Büro Berlin; [c.hochfeld@oeko.de](mailto:c.hochfeld@oeko.de), Telefon 030/280 486-85

Franziska Wolff, Öko-Institut e.V., Büro Berlin, Forschungsbereich Umweltrecht, [f.wolff@oeko.de](mailto:f.wolff@oeko.de), Telefon 030/280 486-71

#### **Interviewvermittlung während der Tagung:**

Pressesprecherin Christiane Rathmann, Öko-Institut e.V., Geschäftsstelle Freiburg, Referat Öffentlichkeit & Kommunikation, Mobil 0160/53 333 55, [c.rathmann@oeko.de](mailto:c.rathmann@oeko.de)